

NDR Info Das Forum

12.08.2017 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

13.08.2017 /12.30-13.00 Uhr

Joachim Hagen

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/info

Inhalt:

- Technisches Versagen - warum stürzte der Tiger-Kampfhubschrauber in Mali ab?
- Rüstungsprojekt mit geringem militärischem Wert? Dauerprobleme mit den künftigen britischen Flugzeugträgern
- Neue Anreize und trotzdem mehr Frust? Die Rolle der Bundeswehr-Reservisten
- Wahlaussagen zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr - die Vorstellungen von Unionsparteien und SPD

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und darum geht es heute:

- Rüstungsprojekt mit geringem militärischem Wert? Dauerprobleme mit den künftigen britischen Flugzeugträgern.
- Neue Anreize und trotzdem mehr Frust? Die Rolle der Bundeswehr-Reservisten.
- Und: Wir beginnen mit einer neuen Serie über die Wahlaussagen der Parteien zu Sicherheitspolitik und Bundeswehr. Heute beleuchten wir die Vorstellungen von Unionsparteien und SPD.

Zunächst aber zu einem anderen Thema: Vor knapp drei Wochen stürzte in Mali ein Tiger-Kampfhubschrauber der Bundeswehr ab - aus bislang ungeklärten Gründen. Die beiden Piloten starben. Wir haben in der letzten Ausgabe von Streitkräfte und Strategien darüber berichtet. Vor wenigen Tagen informierte das Verteidigungsministerium den Bundestag über den Stand der Ermittlungen.

Der Sprecher des Ministeriums, Jens Flosdorff, fasste die bislang vorliegenden Ergebnisse in der Bundespressekonferenz so zusammen.

O-Ton Flosdorff

„Nach derzeitigem Erkenntnisstand gehen wir davon aus, dass der Hubschrauber sehr überraschend in einen starken Sinkflug übergegangen ist und dann nach zehn Sekunden auf den Boden aufgeschlagen ist. Das Fahrzeug hat dann sofort Feuer gefangen, und nach Einschätzung der Experten gab es da auch keine Überlebenschance für die Piloten. Wir haben in der Untersuchungsgruppe Erkenntnisse darüber, dass sich die Hauptrotorblätter in dieser Absturzphase vom Hubschrauber gelöst haben.“

Nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung lagen diese Rotorblätter in einer Entfernung von einigen hundert Meter von der Absturzstelle entfernt. Das legt die Vermutung nahe, dass sich die Rotorblätter bereits in einer frühen Phase des Sinkfluges gelöst haben.

Der Vorsitzende der Interessengemeinschaft des fliegenden und luftfahrzeugtechnischen Personals der Transport- und Hubschrauberverbände der Bundeswehr und ehemalige Hubschrauberpilot Reinhard Schlepphorst warnt in diesem Zusammenhang allerdings davor, sich zu früh bei der Suche nach der Unfall-Ursache nur auf die Rotorblätter zu konzentrieren.

O-Ton Schlepphorst

„Es kann zunächst mal eine Ursache sein. Allerdings ist aus der Formulierung in der Bundespressekonferenz, dass die sich während des Sinkfluges gelöst haben sollen, eher zu erkennen, dass zunächst eine Ursache für den Sinkflug vorgelegen haben muss. Es ist auf jeden Fall ungewöhnlich, dass sich während eines Sinkfluges oder während eines Absturzes Rotorblätter aus dem Hauptrotorsystem lösen.“

Schlepphorst will deshalb in diesem Stadium der Untersuchungen andere Unfallursachen nicht ausschließen. Dazu gehört auch ein möglicher Beschuss des Tigers. Damit stellt sich Schlepphorst gegen MINUSMA, die Stabilisierungsmission der Vereinten Nation in Mali. Die hatte schon kurz nach dem Absturz erklärt, es lägen keine Hinweise auf einen Angriff vor. Alle Hoffnungen ruhen jetzt auf den beiden Flugschreibern der Maschine. Zumindest einer von ihnen soll noch in einem so guten Zustand sein, dass man seine Daten auslesen kann.

Kommen wir zu unserem ersten Thema:

Flugzeugträger gelten als Inbegriff militärischer Macht. Erst vor kurzem hat der amerikanische Präsident Trump, die USS Gerald R. Ford in Dienst gestellt, den modernsten Flugzeugträger der Welt. In China hat im Frühjahr ein neuer Flugzeugträger das Dock verlassen. Und auch Großbritannien möchte in diesem Konzert der Großmächte mitspielen.

Zwei neue Flugzeugträger sollen diesen britischen Machtanspruch untermauern: Die HMS Queen Elizabeth und ihr Schwesterschiff die HMS Prince of Wales. Die Queen Elizabeth soll nach einer fast zweimonatigen Probefahrt in der Nordsee in der kommenden Woche erstmals in ihrem Heimathafen Portsmouth fest machen. Aber wie so oft nach solchen Probefahrten: Die Probleme fangen jetzt erst an. Björn Müller berichtet.

Manuskript Björn Müller

Großbritannien möchte wieder verstärkt als global agierende Militärmacht auftreten, so die Botschaft der Regierung von Premierministerin Theresa May. Für dieses Vorhaben ist der Bau von zwei Flugzeugträgern von zentraler Bedeutung. Die ‚Queen Elizabeth‘ und die ‚Prince of Wales‘ sollen mit dem zurzeit modernsten Kampfflugzeug der Welt ausgerüstet werden – der F35 des US-Herstellers Lockheed Martin.

Dieses Leuchtturmprojekt der britischen Streitkräfte tritt nun in seine entscheidende Phase. Im Sommer hat die Erprobung der ‚Queen Elizabeth‘ auf See begonnen - und bis Ende 2020 will die Royal Navy die F35-Kampfflugzeuge auf den Trägern technisch integrieren. Anschließend sollen sie bereits für bestimmte Aufgaben eingesetzt werden können. Die Marine spricht von einer Erstbefähigung.

In einem Interview mit dem Branchendienst Defense & Aerospace Report Ende vergangenen Jahres sah der Oberbefehlshaber der Royal Navy, Admiral Philip Jones, das Milliarden-Projekt auf einem guten Weg:

O-Ton Jones

„Beide Programme – das Flugzeug-Programm und das Träger-Programm - werden jetzt zügig zusammengeführt. Es ist wunderbar zu sehen, wie beide entscheidende Fortschritte machen. Das Schiff Ihrer Majestät, die ‚Queen Elizabeth‘, steht kurz vor der Fertigstellung. Für die Flugzeuge haben wir Pläne,

um sie an Bord des Schiffes zu integrieren. Diese werden jetzt umgesetzt. Die Systeme des Schiffes funktionieren, seine Diesel laufen und das Radar dreht sich.“

Allerdings musste die Royal Navy wenig später die zunächst für dieses Frühjahr geplanten ersten Seeerprobungen der ‚Queen Elizabeth‘ auf den Sommer verschieben - wegen nicht näher ausgeführter technischer Probleme. Um ihre Träger einsatzfähig zu machen, stehen die Briten zunehmend vor Schwierigkeiten. Sie machen zugleich die Schwächen des britischen Flugzeugträger-Konzepts sichtbar. Der Marine-Experte Heinz Dieter Jopp:

O-Ton Jopp

„Das Grundproblem, das die Briten haben, ist, dass die F35 gerade erst eingeführt wird. Hier gibt es noch keine ersten Anfangserfahrungen. Das heißt, dass Risiko ist, dass hier noch Probleme auftreten; die dann natürlich wieder erstmal behoben werden müssen, was dann auf der Zeitachse zu erheblichen Verzögerungen bei der Royal Navy führen kann, weil die Flugzeuge dann erst später eingeführt werden können oder die, die sie dann schon bekommen haben, nachgerüstet werden müssen – technisch.“

Erfahrungsgemäß müssen technisch anspruchsvolle Waffensysteme jahrelang nachgebessert werden, bis sie voll einsetzbar sind. Die vorgesehenen drei Jahre bis 2020 sind unrealistisch. Das kritisiert auch der britische Rechnungshof in einer aktuellen Studie zu den Flugzeugträgern.

Die Rechnungsprüfer merken zudem an, dass die finanziellen Reserven im Träger-Programm inzwischen praktisch aufgebraucht sind. Mehrkosten lassen sich nicht mehr finanzieren. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, dass die USA als Hauptabnehmer der F35 weniger Kampfjets ordern werden als zunächst geplant. Die Marine-Version der F35 soll mehr als 130 Mio. Dollar pro Maschine kosten. Es wäre nicht das erste Mal, dass Stückzahlen aufgrund der Kostenentwicklung reduziert werden. Bei einer geringeren Abnahme steigen in der Regel die Kosten für die einzelne Maschine allerdings noch stärker. Eine solche Kostensteigerung könnten die Briten aber nicht auffangen. Ebenfalls weniger Kampfflugzeuge zu kaufen, würde aber den militärischen Wert der Flugzeugträger in Frage stellen. Dieser sei jetzt schon zweifelhaft, sagt der ehemalige Marineoffizier Heinz Dieter Jopp:

O-Ton Jopp

„Was die Stationierung von Flugzeugen an Bord dieser beiden Träger anbelangt, ist das eine Mogelnummer. Denn zurzeit planen sie erstmal mit 12 Flugzeugen. Die bräuchten sie dann nur zum Schutz des Trägers. Und in der Zukunft – optimistische Schätzungen zufolge, wenn die F35 einigermaßen im Preis bleibt - planen sie 24 Flugzeuge pro Träger. Das ist aber etwas, was von der Größenordnung nicht ausreichend ist, um Machtprojektion mit Flugzeugen darzustellen.“

Machtprojektion - damit ist die Durchsetzung politischer Interessen durch die Androhung militärischer Gewalt gemeint. Ausgelegt wurde jeder der Träger einst für bis zu 40 Kampfflugzeuge. Aber nicht nur die Ausstattung mit Flugzeugen ist auf Kante genäht. Probleme gibt es auch mit den Mannschaften. Für jeden Träger sind 750 Besatzungsmitglieder vorgesehen. Doch wie alle Seestreitkräfte sieht sich auch die Royal Navy aufgrund der demographischen Entwicklung in den westlichen Gesellschaften mit massiven Rekrutierungsproblemen konfrontiert. Geplant ist daher, für die ‚Queen Elizabeth‘ auf die 200 Mann starke Besatzung des Hubschrauberträgers HMS Ocean als Basis-Mannschaft zurückzugreifen. Diese Soldaten beherrschen die Grundlagen des Flugbetriebs auf Schiffen. Der Hubschrauberträger wird 2018 stillgelegt.

Neben den Personalschwierigkeiten ist der Mangel an Schiffen und U-Booten für den Begleitschutz der beiden Träger ein weiteres Problem. Denn der Einsatz von Flugzeugträgern bindet weitere Marine-Einheiten, deren Aufgabe es ist, diese Großschiffe zu schützen

Großbritanniens Leuchtturmprojekt wird daher für die europäischen Verbündeten zu einer Belastung, sagt Christian Mölling, Militärexperte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin:

O-Ton Mölling

„Dass die Briten zwar in Zukunft zwei Flugzeugträger haben werden, die aber nicht mehr fahren können, weil zu einem Flugzeugträger dann halt noch die Begleitschiffe, also alles, was mit U-Booten, Luftabwehrfregatten und so zu tun hat; davon haben die Briten zurzeit nicht mehr genug. Und es werden weniger Schiffe. Das heißt also, hier müssen Europäer einspringen.“

So erreichen die 13 Fregatten vom Typ-23 der Royal Navy bald ihre Altersgrenze. Anfang der 2020 Jahre, wenn die Träger-Kampfgruppe laut Marinepla-

nung vorläufig einsatzbereit ist, sollen sie durch die neuen Typ-26 Fregatten ersetzt werden. Deren Bauprogramm hängt jedoch dem Zeitplan hinterher. Außerdem ist die geplante Anzahl von 13 auf 8 Schiffe verringert worden. Hinzu kommt: Die Zerstörer vom Typ-45, spezialisiert auf Flugabwehr, kämpfen auch noch sieben Jahre nach Beginn ihrer Einführung mit technischen Problemen. Ab 2018 soll ein großes Modernisierungsprogramm anlaufen, das Jahre dauern wird. Zum Schutz der Träger vor Luftangriffen stünden diese Kriegsschiffe daher nur eingeschränkt zur Verfügung.

In der Folge heißt das für die britische Marine: Um Geleitschutzverbände für ihre Träger zu bilden, müsste sie ihr Engagement in NATO-Flottenverbänden herunterfahren oder aber verbündete Seestreitkräfte wie die Deutsche Marine um Unterstützung bitten. Die Bundeswehr hat schon jetzt erhebliche Probleme, für die eigenen Operationen Schiffe bereitzustellen.

Für die NATO werden die beiden britischen Flugzeugträger daher nicht unbedingt ein Gewinn sein, glaubt der Sicherheitsexperte Christian Mölling. Denn Trägeroperationen erfordern zusätzliche Marineeinheiten, die dann aber woanders fehlen.

O-Ton Mölling

„Also das ist ein schwieriges Puzzle, das auf dieser militär-technisch, militärstrategischen Ebene auf die NATO zukommt und wo die Briten dann ein paar Kopfschmerzen verursachen werden, wie das in Zukunft sein soll.“

Absehbar ist schon jetzt: Die Einsatzbereitschaft der britischen Träger wird sich verzögern. Sie werden zudem nur einen begrenzten militärischen Nutzen haben. Außerdem werden sie Schiffe der NATO-Partner binden. Denn ohne ausreichenden Begleitschutz könnten die beiden Flugzeugträger nicht operieren.

Hagen

Björn Müller über die Probleme der britischen Flugzeugträger-Strategie.

Die Bundeswehr hat zu wenig Soldaten. Das macht die Personal-Statistik regelmäßig erneut deutlich. Danach fehlten im vergangenen Monat mehr als

1500 Berufs- und Zeitsoldaten um die anvisierte Zahl von 170-tausend zu erreichen. Kurzfristig aushelfen könnten Reservisten. Sie verfügen oft über dringend benötigte Spezialkenntnisse. Die Bedingungen für die Beschäftigung von Reservisten wurden zwar vor kurzem verbessert, aber diese Veränderungen reichen nicht aus. Julia Weigelt über Reservisten der Bundeswehr und ihre Probleme.

Manuskript Julia Weigelt

Sascha Helfert ist sauer. Der Oberstleutnant der Reserve aus Norddeutschland ist unzufrieden damit, wie die Bundeswehr mit ihren Reservisten umgeht. Helfert ist eingesetzt in einem Kreisverbindungskommando, das als Schnittstelle dient zwischen Bundeswehr und Verwaltung auf Landkreisebene. In diesen Kommandos sind jeweils 12 Reservisten tätig. Bundesweit werden rund 5.000 Reservisten für die Kreisverbindungskommandos benötigt. Daneben existieren seit 2012 regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte, so genannte RSU-Kompanien. Diese Reservisten-Einheiten werden für den Heimatschutz eingesetzt und haben beispielsweise während des G20-Gipfels in Hamburg Bundeswehrliegenschaften bewacht. Bundesweit gibt es nur eine begrenzte Anzahl von Tagen, an denen Reservisten üben dürfen.

Oberstleutnant Helfert kritisiert, die Bundeswehrführung teile vor allem den Kreisverbindungskommandos inzwischen immer weniger Wehrübungstage zu. In seinem Kreisverbindungskommando wurden demnach Tage gekürzt, weil der Schwerpunkt auf die RSU-Kompanie gelegt worden sei. Sascha Helfert heißt eigentlich anders. Weil er Nachteile durch Vorgesetzte befürchtet, haben wir seine Stimme nachgesprochen:

O-Ton Helfert:

„Wir haben das Gefühl: Jetzt, wo der Laden läuft, schrauben die die Tage für uns zurück. Im vergangenen Jahr konnten wir deswegen eine angesetzte Übung nicht machen. Das Kontingent an Wehrübungstagen war schon weg.“

Die Kreisverbindungskommandos hätten über Jahre mühsam den Kontakt zu Landräten, Rotem Kreuz und Technischem Hilfswerk aufgebaut. Nun müssten sie zu Gunsten anderer Reservisten zurückstecken.

Ein weiterer Kritikpunkt Helferts: Das Verteidigungsministerium wolle bei den Reservisten sparen. Der Oberstleutnant der Reserve geht davon aus, dass die Weisung von ganz oben an die Landeskommmandos der Bundeswehr in den Bundesländern weitergegeben wurde. Denn diese teilen die Reservisten letztlich ein – und können bestimmen, wie Übungen eingestuft und damit bezahlt werden. Die Entscheidungen kann Sascha Helfert nicht immer nachvollziehen:

O-Ton Helfert:

„Reservist wird man nicht, weil man damit reich werden will, sondern, weil man sich engagieren möchte. Aber den Verdienstausschlag müssen die meisten einfach bezahlt bekommen, weil sie es sich nicht leisten können, darauf zu verzichten. Und wenn dann manche Übungen zu dienstlichen Veranstaltungen herabgestuft werden, weil das weniger kostet, dann ärgert uns das.“

Helfert ist frustriert. Mit seinem Unmut stehe er allerdings nicht allein:

O-Ton Helfert

„Früher hatte ich das Gefühl, mehr Unterstützung für meine Arbeit zu bekommen. Heute laufen uns die RSU-Kompanien den Rang ab. Das wird auch in anderen Kreisverbindungskommandos so wahrgenommen. Im Januar hatten wir ein Treffen, wo es hoch her ging. Jeder fragt sich: Sind das noch die Rahmenbedingungen, zu denen ich mitarbeiten will? Es sind auch schon Leute ausgestiegen wegen der zusätzlichen Bürokratie und fehlender Unterstützung.“

Fehlende Unterstützung und mangelhafte Kommunikation: Auch von Seiten des Landeskommmandos hätte sich Helfert mehr gewünscht als ein lapidares „So ist es jetzt, schaut mal, wie ihr damit umgeht“.

Dass es vor allem für Reservisten außerhalb der sogenannten RSU-Kompanien schwerer wird, Wehrübungstage zu erhalten, hat auch Mark Lawetz erfahren. Der Hauptfeldwebel der Reserve ist ebenfalls in einem Kreisverbindungskommando Norddeutschlands engagiert. Er möchte ebenfalls unerkannt bleiben. Auch seine Stimme haben wir nachgesprochen und seinen Namen gerändert.

Lawetz kennt die prekäre Personallage der Bundeswehr: Stellen wurden lange reduziert, erfahrene Berufssoldaten frühzeitig in den Vorruhestand geschickt, während gleichzeitig die Aufgaben zugenommen haben. Weil die Streitkräfte

allerdings trotz der vom Verteidigungsministerium verkündeten „Trendwende Personal“ zu wenig Männer und Frauen haben, greifen sie für Ausbildung und Auslandseinsätze auf Reservisten zurück. Und das gerne für mehrere Monate am Stück. Mark Lawetz:

O-Ton Lawetz

„Manche Reservisten fangen im Januar mit ihrer Übung an und hören im November auf, die machen eine Wehrübung nach der anderen. Für uns Seiteneinsteiger bleibt dann nichts mehr übrig. Ich kann nicht länger am Stück üben, weil ich meinen Beruf nichts aufs Spiel setzen will.“

Lawetz und viele seiner Kameraden würden gerne drei, vier Wochen im Jahr üben. So würden mit einer Stelle mindestens zwölf Reservisten ihre Kenntnisse auffrischen können. Wenn einer allerdings beinahe ein ganzes Jahr diese Stelle besetzt, um etwa Zeiten der Arbeitslosigkeit zu überbrücken, geht diese Rechnung nicht mehr auf. Dabei sei es wichtig, als Reservist regelmäßig in der Truppe zu sein, berichtet der Hauptfeldwebel:

O-Ton Lawetz

„Es gibt immer mehr Technik, zum Beispiel in den Fahrzeugen. Wenn man da nicht auf dem Laufenden bleibt, fällt man hinten runter und verliert ganz den Anschluss. Dafür muss man regelmäßig üben.“

Dass sieht auch der Präsident des Reservistenverbandes, Oswin Veith, so. Der CDU-Bundestagsabgeordnete kennt die Lage:

O-Ton Veith:

„Jemand, der lange wehrübt, nimmt natürlich demjenigen, der für kurze Zeit, 14 Tage oder vier Wochen Reservedienst leistet, um den neuen Begriff zu gebrauchen, doch Tage weg.“

Obwohl der Bedarf in der aktiven Truppe hoch sei, rät Veith zur Vorsicht – Langzeitübungen sollten nicht der Regelfall sein.

O-Ton Veith

„Denn die aktive Truppe muss sich auch durch einen entsprechenden Personalkörper in der täglichen Arbeit das Jahr über selbst personell versorgen können. Da helfen wir aus, das ist so, aber das kann kein Dauerzustand sein.“

Lange Reservedienstleistungen hätten auch deswegen zugenommen, weil die Bezahlung besser geworden sei. Veith habe die Änderungen am Unterhaltssicherungsgesetz für Reservisten mitgestaltet und räumt ein, von den Folgen überrascht zu sein:

O-Ton Veith

„Ziel war es, möglichst viele in Übung zu halten, und möglichst viele in Übung zu halten heißt, dass möglichst viele Reservistinnen und Reservisten in die Lage versetzt werden, mit kürzeren – zwei bis vier Wochen also, daran denke ich - Reservedienstleistungen fit zu halten. Das war das Ziel, und da sind wir leider ein bisschen daneben.“

Das Verteidigungsministerium hat inzwischen reagiert und mehr Stellen für Reservisten geschaffen. Von 2500 im vergangenen Jahr ist die Zahl auf aktuell 3000 gestiegen. Nächstes Jahr sollen weitere 500 Stellen dazukommen. Doch werden davon auch die Kreisverbindungskommandos profitieren? Das ist noch offen.

Oswin Veith kennt die Klagen der Kreisverbindungskommandos über Benachteiligung, betont allerdings, dass dies ist nicht der Regelfall sei. An die in jedem Bundesland tätigen Landeskommmandos und übergeordneten Behörden stellt der Präsident des Reservistenverbandes dennoch eine klare Forderung:

O-Ton Veith

„Deshalb kann ich nur an alle appellieren, dass man auf Augenhöhe miteinander kommuniziert, um respektvoll, würdevoll und mit der notwendigen Augenhöhe miteinander umgeht. Das war, will ich gerne konstatieren, zuweilen in den letzten 40, 50 Jahren nicht immer so der Fall, aber es hat sich deutlich verbessert. Also: Umgang der Aktiven mit der Reserve war immer ein bisschen stiefmütterlich, aber da hat sich vieles verbessert.“

Die Sicherheitsarchitektur in Deutschland unterscheide nicht zwischen aktiven Soldaten und Reservisten, sagt Veith.

Dass die Realität anders aussieht, zeigt ein Blick in den aktuellen Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Die Eingaben von Reservisten seien im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen ist, teilt Hans-Peter Bartels mit. Diese fühlten sich von der Bundeswehr nicht mitgenommen und im Vergleich zu aktiven Soldaten benachteiligt. Kurzfristige Um- oder Ausplanungen bei Übungen und Lehrgängen führten zu Frustration. Hier müsse die Bundeswehr besser werden.

Das Verteidigungsministerium geht davon aus, mit den zusätzlich geschaffenen Reservisten-Stellen den Bundeswehr-Bedarf in diesem und im kommenden Jahr decken zu können, wie es auf Anfrage von NDR info mitteilt. Weil Reservisten inzwischen bis zu zehn Monate am Stück üben dürfen, habe sich die durchschnittliche Dienstleistungsdauer gegenüber den Vorjahren auf 46 Tage erhöht. Das gelte auch für die sogenannten Beorderungszahlen. Als beordert gilt ein Reservist, wenn er für eine Übung eingeplant wurde.

Im vergangenen Jahr sei die Zahl der Wehrübenden auf knapp 28.000 angestiegen. In den Jahren zuvor waren die Beorderungszahlen kontinuierlich zurückgegangen.

Oberstleutnant Sascha Helfert wünscht sich, dass dieser neue Trend anhält und auch für seine Reservisten Auswirkungen hat. Er will den Freiwilligen in seinem Kreisverbindungskommando das Gefühl einer eingeschworenen Gemeinschaft geben. Zugleich warnt Helfert allerdings:

O-Ton Helfert:

„Diese Gemeinschaft ist bedroht durch die Sparpolitik. Wir wollen uns wirklich gerne engagieren - mein Landrat kann mich Tag und Nacht anrufen, wir machen uns schlau, üben an der Karte und der IT. Aber wir brauchen dafür die nötige Unterstützung. Ende dieses Jahres werde ich sehen, ob es gelungen ist, die Leute bei der Stange zu halten.“

Hagen

Julia Weigelt über die Probleme der Reservisten.

Die politische Sommerpause in Berlin ist zwar noch nicht ganz zu Ende, aber sechs Wochen vor der Bundestagswahl wird der Ton zwischen den Parteien langsam schärfer. Natürlich geht es da auch um Bundeswehr und Sicherheitspolitik. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hat erst vor wenigen Tagen bewiesen, wie man mit der Forderung nach einer neuen Russlandpolitik und nach einem „Einkapseln“ der Krim-Krise Schlagzeilen machen kann. Wir werden deshalb in den kommenden Wochen die Wahlaussagen der Parteien zu Sicherheitspolitik und Bundeswehr unter die Lupe nehmen. Beginnen wollen wir unsere Serie mit den Wahl-Programmen von CDU/CSU und SPD. Christoph Prössl hat sie sich angesehen.

Manuskript Christoph Prössl

Dass die Unterschiede zwischen Union und SPD nach vier Jahren Großer Koalition nicht völlig verschwommen sind, wurde in der Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Juni deutlich. Im Koalitionsvertrag hatten sich Sozialdemokraten und CDU/CSU auf die Beschaffung von Drohnen verständigt. Gleichzeitig heißt es in der Vereinbarung: völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir ab.

In der vorletzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages wollte die Verteidigungsministerin dann eine Vorlage verabschieden lassen, die das Leasing einer bewaffnungsfähigen israelischen Drohne ermöglicht hätte. Die SPD kam aber zu dem Schluss, die Drohne ist nicht nur bewaffnungsfähig, sondern bewaffnet.

O-Ton Arnold:

„Das ist eine bewaffnete Drohne, das entspricht nicht unserer Absprache.“

Sagt Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD:

O-Ton Arnold:

„Nur die Munition liegt nicht im Depot. Sondern die könnte man dann später kaufen.“

Die späte Einsicht stieß beim Koalitionspartner CDU auf wenig Verständnis. „Wahlkampf“ – hieß es dort. Aber vielleicht illustriert dieser Vorgang ganz an-

schaulich die Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien. Die Union fasst die Themen Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik in ihrem 75seitigen Wahlprogramm unter dem Kapitel „Sicherheit im Inneren und nach außen“ zusammen. Die Ausführungen sind deutlich weniger umfangreich als bei der SPD. Hier heißt das entsprechende Kapitel „Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt“.

Im Grundsatz sind sich beide in vielem einig: Im Wahlprogramm der CDU/CSU heißt es „Deutschlands Rolle in der Welt“, bei der SPD steht geschrieben „Deutschlands Verantwortung in der Welt“. Beide erkennen die Notwendigkeit an, dass die Bundeswehr und die deutsche Politik international eine bedeutendere Rolle spielen müssen.

Für die SPD ist dabei klar: für die Soldatinnen und Soldaten muss die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung stehen. Doch beim 2-Prozent-Ziel der NATO sind die Sozialdemokraten zurückhaltend: 70 Milliarden Euro pro Jahr – das werde es mit der SPD nicht geben. Zum Vergleich: 2017 hat das Bundesverteidigungsministerium 37 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Sozialdemokraten verlangen mehr Geld für das Auswärtige Amt und bekennen sich zum Ziel, die Entwicklungshilfe auf 0,7 % der Wirtschaftsleistung anzuheben, einen international vereinbarten Standard, den übrigens auch die Union erfüllen will. Bislang erreicht Deutschland diesen Wert nur, weil die Sonderausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland mit eingerechnet werden durften.

Im Wahlprogramm der Union findet sich eine Formulierung, die der Abschlussklärung des NATO-Treffens von Wales sehr ähnlich ist. Die Partei wolle die Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahr 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen.

Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU:

O-Ton Otte:

„Wir müssen uns diesem vereinbarten Ziel annähern bis 2024, weil wir Lücken schließen müssen, weil wir beispielsweise die Cyber-Technologie ausbauen müssen, damit wir nicht angegriffen werden können. Und damit wir auch die Ausrüstung modernisieren.“

Beide Parteien bekennen sich zum Verteidigungsbündnis NATO. In den Wahlprogrammen bleiben jedoch viele außen- und sicherheitspolitische Fragen un-

ausgesprochen. Beispiel: Wie soll Deutschland, wie soll die NATO mit Russland umgehen. Henning Otte über das Engagement Deutschlands, im Rahmen der NATO Soldaten nach Litauen zu schicken:

O-Ton Otte:

„Mit dieser Gemeinschaftsleistung der NATO-Länder setzen wir ein Zeichen, dass Grenzen in Europa nicht militärisch verschoben werden dürfen, wie dies durch Russland in der Krim passiert ist. Wir machen damit deutlich: Es lohnt sich nicht, militärisch aggressiv zu werden, aber wenn, dann legt sich der Aggressor nicht mit einem Land an (im Baltikum), sondern mit allen 29 NATO-Ländern und dies ist eine klare Warnung mit dem Ziel, dass kein Konflikt entsteht.“

Die Truppenstationierung im Baltikum sei ein wichtiges Symbol, sagt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD; Rainer Arnold:

O-Ton Arnold:

„Es ist aber kein Punkt, der Russland bedroht. Wir hätten da keine Chance mit ein paar Tausend Soldaten in den baltischen Staaten. Aber die symbolhafte Wirkung ist sehr groß, und deswegen unterstützen wir die auch. Das ist die eine Seite. Die andere Seite, auf die Sozialdemokraten eben gedrungen haben ist, dass neben diesen Symbolen die Türe zum Gespräch und zum Dialog mit Russland immer auf bleibt.“

Was die Union sicherlich auch unterschreiben würde.

Die SPD nimmt sich im Wahlprogramm mehr Platz für Verteidigungs- und Außenpolitik und spricht Themen an, die die Union nicht im Papier thematisiert. So versprechen die Sozialdemokraten einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung. Außerdem sei die Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend. Die SPD kündigt eine Gesetzesinitiative an, Kleinwaffenexporte in Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und vergleichbaren Ländern zu unterbinden. Das ist auch deswegen bemerkenswert, weil die SPD in der zu Ende gehenden Legislaturperiode den Wirtschaftsminister beziehungsweise die Wirtschaftsministerin gestellt hat. Dieses Ressort ist zuständig für den Export von Waffen. Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren gleich mehrere turbulente Reformen erlebt. Staatssekretärin Suder sollte die Beschaffung optimieren, von der Leyen rief mehrere Reformen aus.

O-Ton Otte:

„Mit unserer Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen haben wir die wohl erfolgreichste Legislaturperiode zum Nutzen der Bundeswehr und für die Soldatinnen und Soldaten erreicht, es ist die materielle, die finanzielle auch die personelle Trendwende eingeläutet worden. Dies muss jetzt verstetigt werden.“

Sagt Henning Otte von der CDU.

Diese Politik hat die SPD mitgetragen, trotzdem kritisiert Rainer Arnold Ursula von der Leyen heftig. Der Grund: Der Umgang der Ministerin mit diversen Vorfällen in der Bundeswehr, Stichwort Franco A., bizarre Aufnahme-rituale, Erniedrigungen, rechtsradikale Schmierereien. Die Äußerungen der Ministerin interpretierten in der Truppe viele als Generalverdacht.

O-Ton Arnold:

„Ich denke, sie kann auf keinen Fall mehr Verteidigungsministerin bleiben. Wenn sie das im Augenblick sagt, sie wäre es gerne auch in Zukunft, versteht die Truppe dies inzwischen als Drohung. Sie kann diesen Schaden nicht mehr reparieren.“

Das – aus Sicht von Arnold – gestörte Verhältnis zwischen Ministerin und Soldatinnen und Soldaten spielt im Wahlprogramm keine Rolle, dürfte aber für den nächsten Minister oder die nächste Ministerin eine bedeutende Aufgabe werden.

Hagen

Christoph Prössl über die Wahlaussagen von SPD und Unionsparteien. Mehr darüber auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden Sie auch die vollständigen Interviews mit Rainer Arnold und Henning Otte. In unserer nächsten Sendung berichten wir dann über die sicherheitspolitischen Positionen der Linkspartei und der AfD.

Damit geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Sie können sich diese Sendung auch als Podcast herunterladen, ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Am Mikrophon war Joachim Hagen.